

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Befehlungen nehmen die Ausdrücke aus für Ausländer die Poststellen tragen. — Erst seit wenigen Tagen sind die Poststellen mit den entsprechenden Nummern beschriftet.

Reichspostamt Die Reichspostamtsdirektion für Ausländer und Ausländer für Ausländer, einschließlich der Poststellen, einer wichtigen Regelung der Reichspostamt, Reichenpostamt für Ausländer, einschließlich der Poststellen.

Telex: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Hoffmann-Aue, Am Erlig 11, 1924

Nr. 259

Donnerstag, den 6. November 1924

19. Jahrgang

### Amerikas Wahltag.

Sichere Mehrheit für Coolidge.

**Moskau, 4. Nov.** Das „Stark american news based alliance“ fasst über das vorläufige Wahlergebnis folgendes: Bei rechtigem Wahlvotum starke Wahlbeteiligung. Vorläufige Ergebnisse aus den großen Industriezentren zeigen eine starke Mehrheit der republikanischen Stimmen. Nach Aussäufung der gesamten Presse wird Coolidge siegen, obwohl Lafollette wahrscheinlich eine gewöhnliche Zahl von Stimmen auf sich vereinigt wird, ohne jedoch dadurch irgendwie das Resultat der Wahl Coolidges zu beeinflussen.

**Neuport, 4. Nov.** Das große Interesse für den Wahlkampf zeigte sich in dem starken Andrang von Wählern bereits bei Eröffnung der Wahllokale um 6 Uhr morgens. Es wird die größte je dagewesene Abstimmung erwartet, besonders da das herrliche Wetter die Wähler überall herauslockt. Die ersten drei Wahlergebnisse waren Siege für Coolidge.

**Neuport, 4. Nov.** Die ersten Wahlergebnisse aus Illinois, Rhode Island, Massachusetts und Kansas zeigen einen großen Gewinn für Coolidge. Die Wahlen ergaben in 56 Bezirken von insgesamt 4593 in der Stadt Neuport für Coolidge 18 053, für Davis 8598 und für Lafollette 2628 Stimmen.

**Washington, 4. November.** Im Weißen Hause erklärte heute Präsident Coolidge, er erwarte, im Wahlkollegium mindestens 350 Stimmen und für die nächste Sesson des Re-

präsentantenhauses eine republikanische Mehrheit von 20 oder 30 Stimmen zu erhalten.

**Neuport, 4. Nov.** Nach weiteren am Abend vorliegenden Wahlergebnissen aus den verschiedenen Wahlbezirken des Ostens und des mittleren Westens überwiegen die Stimmen für Coolidge. Im Staate New York außer der Stadt Neuport hat Coolidge gegenüber den anderen Kandidaten eine Mehrheit von etwa 2:1.

Ein politischer Mord.

**Washington, 4. Nov.** Die Spaltung unter den Deutschamerikanern hat ein tragisches Opfer gefordert. Der Chefredakteur und Verlagsdirektor einer der größten deutschsprachigen Zeitungen Amerikas, der „Westliche Post“ in St. Louis, Hans Hadel, wurde gestern Nacht von seiner aus dem Theater heimkehrenden Frau tot in der Küche aufgefunden. Er hatte durch Leistung des Gasheizungs Selbstmord begangen und einen Bettel hinterlassen, in dem er sagt, daß er den politischen Kampf nicht länger aushalte. Hadel hatte sich im Gegenseit zur Mehrheit des Deutschamerikanertums mit seinem Blatte für Coolidge eingesetzt. In den Kreisen seiner Landsleute war ihm das sehr verübt worden, und man vermutet, daß er wegen der gegen ihn gerichteten Vorwürfe beschlossen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

**Berlin, 5. November.** Blättermeldungen aus Neuport auf diese ereignete sich bei dem Wahlkampf in Chicago ein blutiger Zusammenstoß. 1 Mann wurde erschossen. 7 Personen, die an dem Handgemenge beteiligt waren, wurden verhaftet. 2 Wahlurnen sind von unbekannten Tätern verbrannt worden.

### Herrriot vor dem Parlament.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Noch einer Herrenpaus von einem Vierteljahr ist am 4. November das französische Parlament wieder zusammengetreten und mit diesem Zusammentreffen sind auch gleich die Gerichte wieder aufgetaucht, in denen ein bevorstehender Sturz der Regierung Herrriot prophezeit wird. Eine gewisse Art von Streitmachern gibt es natürlich auch in Frankreich. Gerichte werden schnell herumgetragen und auch in deutschen Blättern wird von diesen Dingen gesprochen. Welche und welche übertriebene Politiker, die den Sieg der Konseriativen in England dazu benutzen, um dauernd darzutun, daß dieser Sieg nicht ohne Rückwirkungen auf die Regierung Herrriot bleiben würde. Bestimmte Gründe dafür vermag man freilich nicht anzugeben. Es erweckt ziemlich den Anschein, als ob man das Schiedsgeschenk des stürzenden Herrriot aus bestimmten Wahlgründen an die Wand malen wollte. Es ist richtig, daß zur Zeit des Kabinetts Baldwin sich dem Ausgleich, der englisch-französischen Gegenseite Hindernisse in den Weg gehellt haben. Man darf aber nicht vergessen, daß damals die Kührfrage noch nicht geklärt war, daß damals das Londoner Abkommen noch nicht unterschrieben war und daß vor allem Herr Baldwin als Gegenpolster Herrn Poincaré vor sich hatte, hinter dem die Intrusen-Politik des Nationalen Blocks stand. Englisches haben sich die Dinge dort wesentlich verändert und Differenzen, die einst von erheblicher Bedeutung waren, sind aus dem Wege geräumt worden. Gewiß gibt es noch Gräben zwischen beiden Ländern, die gefüllt werden müssen. Diese Dinge dürfen jedoch in der allerdringlichsten Zeit kaum ausgetragen werden und es ist deshalb nicht angenehm, daß vorerst Herrriot infolge des Ausgangs der englischen Wahlen sich in direkter Gefahr befindet. Nun soll, nach dem, was bisher bekannt geworden ist, Mitte Dezember in Brüssel die Interalliierte Konferenz stattfinden, die sich mit der Bildung der ersten Zone beschäftigen wird. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird auch die Bildung des Kriegsgebiets erörtert werden müssen. Es ist heute nutzlos, zu prophezieren, wie die Dinge auf der Konferenz laufen werden. Für uns Deutsche besteht rechtlich kein Zweifel, daß die Bildung der ersten Zone mit Köln am 10. Januar 1923 durchgeführt sein muß: Von maßgebender englischer Seite ist man diesem Standpunkt beigegeben und es fragt sich nun, welche Stellung Frankreich gegenüber diesem einwandfreien Rechtsanspruch einnehmen wird. Die Haltung des französischen Ministerpräsidenten, darüber soll man sich auch nicht im Unklaren sein, wird wesentlich bestimmt werden durch den Konsult, den er im Parlament finden wird. Und das führt nun wiederum zu der Frage nach der Haltung der französischen Parteien selbst. Bisher haben die Parteien, auf die sich Herrriot stützen kann, seine Außenpolitik durchaus geneigt, das ist besonders zum Ausdruck gekommen auf dem Parteitag der Sozialisten. Hier war es Grumbach, der insbesondere auf die außenpolitischen Wirkungen hingewies, die ein Sturz des Ministeriums Herrriot zur Folge haben könnte. Ein solcher Sturz, meinte Grumbach, werde nicht nur in Deutschland den Ausfall der Dezemberwahlen ungünstig beeinflussen, sondern er würde darüber hinaus die Reaktion und den Nationalismus ganz Europas in gefährlicher Weise erregen und verstören. In dieser Hinsicht dürften die übrigen französischen Regierungsparteien mit den Sozialisten einer Meinung sein. Für die Regierung Herrriot selbst ist es indessen von größter Bedeutung, wie sich bis um die Dezemberperiode das Verhältnis zu Deutschland gestaltet hat. Der Interalliierten Konferenz wird der Bericht der Militärkontrollkommission über die deutsche Ubristung vorliegen. Wenn dieser Bericht wirklich objektiv abgesetzt wird, so muß er feststellen, daß die Ubristung in Deutschland tatsächlich durchgeführt ist. Es wäre lächerlich, wenn man, weil irgendwo ein paar verrostete Patronentüten gefunden sind, zu anderen Feststellungen käme. Hat aber Deutschland, was die Ubristung anlangt, den Bestimmungen des Versailler Vertrages Genüge getan, so besteht am wenigsten Grund, die Bildung der ersten Zone zu verweigern. Für die Bildung der ersten Zone zu verweigern.

### Hindenburg vermitteilt.

**München, 4. Nov.** Zur Konflikte des Generals Ludendorff mit dem Kronprinzen Rupprecht ist Generalfeldmarschall v. Hindenburg am Montag mit einem neuen Handschreiben an beide Vertragsteile herangetreten, was vorläufig zur Folge haben wird, daß die Presseveröffentlichungen beider Teile zunächst aufzuhalten.

### Die Steuermilderungen.

Entscheidung voraussichtlich Freitag.

Rathenau, wie berichtet, am Montag das Reichskabinett die Vorschläge des Reichsfinanzministers über die Senkung gewisser Steuern angenommen hat, sind am Dienstagvormittag 10 Uhr die vereinigten Reichstagsausschüsse im Reichstag zusammengetreten, um gleichfalls zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. Nach längeren Verhandlungen haben die Ausschüsse die Reichsregierung erlaubt, die weitere Beratung bis zum kommenden Freitag auszuführen, an dem die Finanzminister der einzelnen deutschen Staaten ohnehin in Berlin anwesend sein werden.

### Keine sofortige Landtagsauflösung.

Ein Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

**Dresden, 4. Nov.** Wie wir angekündigt haben, werden Neuwahlen zum Landtag am 7. Dezember nicht stattfinden. Der Reichsparteivorstand der SPD hat gestern beschlossen, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung erst einzubringen, oder einem von anderer Seite eingebrachten Antrag auf Auflösung des Landtages erst dann zuzustimmen, wenn die sog. Dresdner Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Wahlkampf gegeben ist. Die Dresdner Vereinbarungen beziehen sich darauf, daß die bisherigen Abgeordneten (mit besonderen Ausnahmen) wieder als Landtagsabgeordnete aufgestellt werden sollen. Mit diesem Beschluß des Reichsparteivorstandes ist die Fraktionsmehrheit ermächtigt worden, gegen die Auflösung zu stimmen und infolgedessen wird sich also keine Mehrheit dafür ergeben. In diesem Jahre werden mithin auch kaum noch Neuwahlen zum Landtag stattfinden.

**Dresden, 5. November.** In seiner Sitzung vom 4. November hat das Gesamtministerium für den Fall der Auflösung des Landtages den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zur Senkung des Landtagswahlgegesetzes verabschiedet. Es sieht vor, daß die Landtagswahl am gleichen Tag mit der Reichstagswahl stattfindet, daß die Fristen eine Anpassung an das Reichstagswahlgesetz erfahren und daß ein amtlicher Stimmzettel herausgegeben wird.

erner ist beschlossen worden, in einer Vorlage den Landtag zu ersuchen, ein Darlehen von 750 000 Mark zur Verförderung der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter mit Winterunterstützung und Kohlenvorräten zu bewilligen.

### Hoffnungen der bayrischen Monarchisten.

Der frühere Kronprinz als Staatsoberhaupt?

**München, 3. Nov.** Die demokratische „Münchner Presse“ richtet an den bayrischen Ministerpräsidenten Held folgende Fragen:

„Ist es richtig, daß in vertraulicher Fraktionssitzung der bayrischen Volkspartei die Königsfrage eine sehr eingehende Erörterung gefunden hat? Ist es richtig, daß in der bayrischen Volkspartei dabei zwei Strömungen zutage traten, eine radikalere und eine auch von Dr. Held unterstützte gemäßigtere, die das Problem vorsichtiger und behutsamer lösen will? Ist es richtig, daß die gemäßigtere Richtung in der bayrischen Volkspartei plante, auf dem vom Justizrat Gaab gezeigten Weg die Verfassung zu ändern, um dann Kronprinz Rupprecht zum Staatspräsidenten zu bestellen? Ist es richtig, daß dem Kronprinzen sehr nahestehende Beamte im vertraulichen Gespräch sich sehr übersichtlich über die baldige Einführung der Monarchie Gedanken haben?“

Wir stellen diese Fragen und lassen andere noch weg, die sich auf gewisse sehr bedeutsame Erkenntnisse innerhalb der Landespolizei und des bayrischen Reichswehr beziehen.“

Diese Anfragen des demokratischen Blattes bedenken sich mit unseren eigenen Informationen. Nicht gut paßt dazu die heutige Mitteilung aus Rosenheim, wonach der Eisenerz-Möder Graf Arcu auf Einladung des Schuldtellers in der dortigen Oberrealschule den Schülern einen Vortrag über den Wiederaufbau unseres Vaterlandes im Sinne der bayrischen Monarchie gehalten hat. Von offizieller Seite wird die Richtigkeit der Münchner Behauptungen allerdings ebenso bestritten wie General Ludendorffs Bedeutungen über eine geplante Proklamation des Kronprinzen Rupprecht im Vorjahr.

### Ein neuer Konflikt Bayreuths mit dem Reiche.

**München, 4. Nov.** Halbamtlich wird folgendes mitgeteilt: Der bayrische Ministerrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 1. November 1924, die auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassen worden ist, eingehend beschäftigt. Die Verordnung wird von der bayrischen Regierung als ein Mißbrauch des Artikels 48 angewommen. Ihre möglichst rasche Auflösung wird von der bayrischen Regierung verlangt. Der Zweck der durch die Verordnung erreicht werden sollte, kann nach der Auflösung der bayrischen Regierung auch durch eine freie Vereinbarung unter den Ländern und zwischen den Ländern und dem Reiche erreicht werden. Der vom Reichsfinanzminister ausgearbeitete Gesetzentwurf über eine Rentenbankcreditanstalt wird von der bayrischen Regierung aus grundsätzlich politischen Gründen abgelehnt.

tzsch - AG  
Dresden  
Bahnhof

Irus betri

nen  
bürger-  
noch jeder-  
k für mich  
kommen.

onders günstige  
umsonst.  
par, wo jedermann  
spiel kann, schon v.  
gesucht.

nne  
ng gesucht.  
ne, Aue,